

Krieg trifft Weltwirtschaft

Die militärische Eskalation in Nahost lässt die Energiepreise steigen und heizt die Inflation an

Von Knut Mellenthin

Im von Israel und den USA am Sonnabend begonnenen Krieg hat der Iran dieses Mal erheblich stärker mit Vergeltungsschlägen reagiert als während der zwölfwöchigen Luftangriffe im Juni des vorigen Jahres. Stärker und sichtbarer sind auch jetzt schon, nach nur vier Kriegstagen, die weltwirtschaftlichen Folgen: Kurseinbrüche an den internationalen Börsen, steigende Preise für Erdgas und Erdöl, wodurch die Produktion von Strom und vielen Gütern auch des täglichen Bedarfs teurer wird.

Die Europäische Zentralbank (EZB), die für die Geld- und Preispolitik aller Staaten zuständig ist, die den Euro als Währung haben, geht von Rückwirkungen des Anstiegs der Energiepreise auf die Entwicklung der allgemeinen Inflationsrate aus. Die Ölpreise, die vor Beginn des Krieges unter 80 Dollar pro Barrel lagen, könnten in relativ kurzer Zeit um mehr als 50 Prozent auf ungefähr 130 Dollar pro Barrel steigen, schätzte EZB-Chefökonom Philip Lane in einem am Dienstag veröffentlichten Gespräch mit der *Financial Times* ein. Das Wirtschaftswachstum in der Euro-Zone werde im nächsten Jahr voraussichtlich um 0,6 Prozent sinken, die Inflationsrate um mehr als 0,8 Prozent steigen.

Der Internationale Währungsfonds veröffentlichte ebenfalls am Dienstag nur eine kurze, äußerst vorsichtig formulierte Stellungnahme. Hauptsächlich bestand sie aus der banalen Feststellung, dass die Situation aufgrund der kriegsbedingten aktuellen Entwicklung im Mittleren Osten »hochgradig im Fluss« sei, was zu einem »ohnehin schon ungewissen globalen Wirtschaftsumfeld« beitrage. Es sei »zu früh, die ökonomischen Auswirkungen auf die Region und die Weltwirtschaft einzuschätzen«. Diese hingen von »Umfang und Dauer des Konflikts« ab.

Genau diese Faktoren sind im Moment unmöglich vorauszusehen. Beide Seiten bekunden ihre Absicht und Fähigkeit, die militärischen Aktionen bis zum Erreichen ihrer Kriegsziele fortzusetzen. Die weltwirtschaftlich relevanten Impulse gehen im gegenwärtigen Stadium des Krieges vor allem von zwei Vorgängen aus: der vom Iran verkündeten Sperrung der Meerenge von Hormus und der Einstellung der Produktion und des Exports von verflüssigtem Erdgas (LNG) im kleinen arabischen Fürstentum Katar. Das Staatsunternehmen Qatar Energy hatte diese Maßnahme am Montag bekanntgegeben und mit einem militärischen Angriff auf seine Anlagen in Ras Laffan begründet – dem größten Industrie- und Hafenkomplex der Welt für die Herstellung und Verschiffung von Flüssiggas.

Dadurch fällt für zunächst ungewisse Zeit rund ein Fünftel der globalen LNG-Exportkapazität aus. 80 Prozent der Flüssiggasausfuhr Katars gingen bislang nach Asien, hauptsächlich nach China, Indien, Japan und Südkorea. Auch Europa war aufgrund der Sanktionen gegen Russland zu einem der wichtigsten Kunden des Fürstentums geworden. An Europas zentralem virtuellen Handelsplatz für Erdgas, der TTF in den Niederlanden, schoss der Gaspreis am Montag innerhalb weniger Stunden um mehr als 80 Prozent in die Höhe.

Daran gemessen ist der Anstieg der Ölpreise - vor allem aufgrund der weitgehend wirksamen Sperrung der Meerenge von Hormus, durch die in normalen Zeiten rund ein Fünftel des Welthandels mit Erdöl und Erdgas abgewickelt wird - bisher (noch) überschaubar. Am Dienstag nachmittag mitteleuropäischer Zeit lag der Preis für die international wichtigste Marke Brent Nordsee bei 84 Dollar pro Barrel. Das ist ein Anstieg um etwa 15 Prozent gegenüber Freitag, dem letzten Tag vor Kriegsbeginn.

Das hat Tankstellenbetreiber in der Bundesrepublik nicht davon abgehalten, den Preis für Benzin deutlich zu erhöhen. Vielerorts lag der Preis pro Liter jenseits der Marke von zwei Euro, was kaum auf die aktuelle Versorgungslage zurückzuführen sein dürfte.

Das Bundeswirtschaftsministerium kündigte am Dienstag an, angesichts der Energiepreisentwicklung einen Krisenstab einzurichten. Beteiligt seien unter anderem die Bundesnetzagentur, der Bundesnachrichtendienst, das Auswärtige Amt sowie das Bundeskanzleramt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/518531.krieg-in-nahost-krieg-trifft-weltwirtschaft.html>